

Gewalt und Korruption imstande ist, ganze Staaten mit ihrem kriminellen Netz zu überziehen. Dies sollte uns veranlassen, darüber nachzudenken, ob und wie die Vereinten Nationen den vom Drogenterror bedrohten Ländern, wenn sie dies wünschen, mit Exekutivkontingenten beistehen können.

Prävention und Repression müssen – wenn wir den internationalen Rauschgifthandel entscheidend eindämmen wollen – Hand in Hand gehen. So wie die Vereinten Nationen dazu berufen sind, alle Regierungen zu einer wirksamen Antidrogenpolitik zu verpflichten und dabei zu unterstützen, so muß die internationale Kriminalpolizeiorganisation Interpol in die Lage versetzt und beauftragt werden, die Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels konzeptionell weiterzuentwickeln. Dazu muß das Generalsekretariat die Funktion einer weltweiten Koordinierungsstelle erhalten. Seine Regionalbüros in den verschiedenen Kontinenten sollten Modellstrategien für die einzelnen Anbau- und Transitregionen erarbeiten.

Auch bei der Durchführung grenzüberschreitender Einsätze von Polizei und Zoll zur Rauschgiftbekämpfung hat es sich als nachteilig herausgestellt, daß Interpol bisher keine Koordinierungsfunktion hat, sondern sich auf den Nachrichtenaustausch beschränken muß. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, daß bei Interpol zur Abstimmung und Steuerung internationaler Rauschgiftbekämpfungseinsätze eine Koordinie-

rungsstelle eingerichtet wird. Interpol kann auch einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit beim Aufspüren von Drogengewinnen leisten. Hierzu muß das Gewinnabschöpfungsreferat des Generalsekretariats ausgebaut werden.

National haben wir in der Bundesrepublik Deutschland die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Drogenkonvention von 1988 eingeleitet. Mit Hilfe verbesserter Gewinnabschöpfungsregelungen und einer Vermögensstrafe werden wir bald die Möglichkeit haben, Drogenhändlern ihre finanzielle Basis vollständig zu entziehen. Damit wird auch der Weg zum Abschluß bilateraler Verträge über die Zusammenarbeit bei der Abschöpfung illegaler Drogengelder frei.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, jede Generation hat die Pflicht, der folgenden Generation die Welt so zu überlassen, daß die verbleibenden Probleme nicht unlösbar sind. Ich glaube, daß wir eine gute Chance haben, das Drogenproblem zu überwinden, wenn wir uns jetzt nach Beendigung des Kalten Krieges in den nächsten zehn Jahren mit Entschlossenheit dem Drogenproblem zuwenden. Dazu müssen wir auf staatlicher Ebene alle nationalen und internationalen Kräfte einsetzen. Aber auch jeder einzelne muß daran mitwirken, daß Drogenmißbrauch in dieser und allen künftigen Generationen verhindert und Drogenhandel und illegaler Drogenproduktion Einhalt geboten wird.

Bundesleistungen an den Verband der Vereinten Nationen

In den beiden vergangenen Jahren hat sich die schlechte Zahlungsmoral einer ganzen Reihe von Staaten gegenüber den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen fortgesetzt. Die Organisationen hatten in ihren regulären Budgets wieder mit beträchtlichen Beitragsrückständen zu kämpfen. Das hatte Implementierungsverzögerungen oder -stopps im Programmbe- reich zur Folge, führte aber auch dazu, daß Fremdgelder in Anspruch genommen wurden. Die durch die Kreditaufnahmen verursachten Kosten gehen wiederum zu Lasten der zahlenden Mitgliedstaaten.

Bei den Einnahmen schlägt natürlich das Zahlungsverhalten der Vereinten Staaten besonders zu Buche, die nach den Beitragsskalen der Organisationen durchweg 25vH der Pflichtbeiträge aufbringen sollen, aber bereits seit einigen Jahren praktisch überall mehr oder weniger tief in der Kreide stehen. Eine Änderung ihres Zahlungsverhaltens ist nicht abzusehen, und die Gruppe der übrigen notorischen Spät- oder Nichtzahler wächst, so daß sich die Kassensituation der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen vorerst nicht entspannen dürfte. Finanzielle Notfallplanungen werden immer dringlicher.

Die Vereinten Nationen (vgl. S.74f. dieser Ausgabe) und die meisten Sonderorganisationen beschlossen 1989 turnusmäßig ihre Haushalte für 1990/91, den nächsten Zweijahreszyklus. Im Gegensatz zu 1987, als zu den Budgets der Organisationen der Vereinten Nationen bis auf wenige Ausnahmen noch Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen gezählt wurden, herrschte im vergangenen Jahr allerorten Einmütigkeit in Haushaltsfragen. Die einzige Ausnahme bildete die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). In Rom stimmten Australien, Großbritannien, Israel, Japan, Neuseeland, Niederlande und USA mit Nein, Argentinien, Brasilien, Kanada, Polen und Schweiz enthielten sich der Stimme. Daß damit etwa 56vH des Beitragsaufkommens das FAO-Budget 1990/91 nicht mitgetragen haben, ist alarmierend.

Dieses Abstimmungsergebnis paßt nicht in das Bild der Budget-Einmütigkeit, das die Organisationen der Vereinten Nationen

1989 sonst abgegeben haben. Hierbei ist jedoch hervorzuheben, daß die übrigen Sekretariate schon von sich aus zeitgemäße Budgets vorgeschlagen hatten mit nominalen Steigerungsraten um die 10vH und realem Null- oder sogar Minuswachstum. Vom FAO-Sekretariat war dagegen trotz eindringlicher Warnungen und Appelle zahlreicher Mitgliedstaaten ein Haushalt zur Entscheidung gestellt worden, der eine nominale Steigerung von mehr als 15vH ausweist, wovon rund 3 Prozentpunkte reales Programmwachstum sind. Wollte man Parallelen ziehen, ließe sich feststellen, daß es solch hohes reales Programmwachstum im System der Vereinten Nationen das letzte Mal 1983 bei der UNESCO gegeben hat – 1984 haben die USA und ein Jahr später Großbritannien und Singapur die Weltkulturorganisation in Paris verlassen.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der regulären Budgets der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einschließlich der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Pflichtbeitragsanteile, über die freiwilligen Leistungen zu den hauptsächlichen Programmen und Hilfswerken der Weltorganisation sowie über die deutschen Beiträge im Weltbankbereich.

Zu den Zahlenangaben ist darauf hinzuweisen, daß die Soll-Ansätze des Bundeshaushalts und die Ist-Zahlen häufig voneinander abweichen. Für Zahlungen, die in Fremdwährungen, vor allem in US-Dollar (wie bei den Vereinten Nationen und verschiedenen ihrer Sonderorganisationen sowie bei der Weltbank) oder in Sonderziehungsrechten (wie bei der IDA) zu erbringen sind, werden die DM-Soll-Ansätze im Bundeshaushalt zu einem festgelegten Umrechnungskurs veranschlagt. Die tatsächlich aufzuwendenden Beträge in DM richten sich nach den jeweiligen Tageskursen, die bei ratenweiser Zahlung zusätzlich differieren können. In Zeiten schwankender Wechselkurse können sich hierdurch beträchtliche Abweichungen ergeben. Bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vereinten Nationen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland in DM, so daß die Wechselkursproblematik nicht entsteht.

Der auf Initiative der UNCTAD gegründete Gemeinsame Fonds für Rohstoffe ist hier nicht berücksichtigt. Die Bundesrepublik beteiligt sich am Kapital des Fonds mit insgesamt 108,683 Mill ffrs (entsprechend 5,6 vH). Darüber hinaus hat die Bundesregierung einen freiwilligen Beitrag von 50 Mill DM angekündigt.

Die Aufstellung führt die Übersicht über die Beitragsleistungen der Bundesrepublik Deutschland in VN 1/1988 S.17ff. fort, in der ebenfalls ein Zehnjahresvergleich angestellt worden war. Einen Überblick über den Verband der Vereinten Nationen mit seinen Sonderorganisationen, Spezialorganen und autonomen Organisationen vermittelt das Verzeichnis 'Das UN-System auf einen Blick' in VN 1/1990 S.37 sowie das Organigramm in VN 1/1986 S.34.

A. UN, Sonderorganisationen (ohne IMF und Weltbankgruppe) und IAEA

Organisation	1980/81		1990/91	
	Gesamtbudget MillDollar	Anteil der Bundesrepublik vH	Gesamtbudget MillDollar	Anteil der Bundesrepublik vH
UN (Hauptorganisation)	1 139,0	8,31	1 974,6	8,08
ILO	210,0	8,25	330,4	8,02
FAO	278,7	10,17	568,8	9,65
UNESCO	360,0	7,63/8,22	378,8 ⁷⁾	7,99 ⁷⁾
WHO	427,3	7,52/8,17	653,7	7,93
ICAO	44,1	6,58	75,2	6,47/6,42
UPU	21,2 ¹⁾³⁾⁵⁾	4,68/4,76	18,2 ¹⁾⁴⁾	5,10
ITU	87,6 ¹⁾²⁾³⁾	5,86/5,85	82,0 ¹⁾⁴⁾	6,73
WMO	36,2	4,52/4,92	61,0 ¹⁾	7,41
IMO	24,4	2,40/2,09	45,5 ¹⁰⁾	1,27 ⁴⁾
WIPO	37,43 ¹⁾⁶⁾	6,16	34,7 ¹⁾¹¹⁾	5,43
IFAD	31,1	- ⁹⁾	39,8 ⁴⁾	- ⁹⁾
UNIDO	-	-	180,5 ⁸⁾	8,18
IAEA	169,3	8,23/8,40	162,8 ⁴⁾	8,29

- Das Budget wird in Schweizer Franken aufgestellt; angewandter Umrechnungskurs 1980: 1,71 sfrs pro Dollar, 1981: 1,76 sfrs pro Dollar, 1990/91: 1,44 sfrs pro Dollar.
- einschließlich Publikationshaushalt
- finanziert aus dem Sondervermögen Bundespost
- 1990
- Netto-Budget
- Programm- und Registrationsunionen
- 70,1-Prozent-Budget (nach Austritt Großbritanniens, Singapurs und der USA); Anteil der Bundesrepublik Deutschland hieran: 11,4 vH
- Sonderorganisation mit Wirkung vom 1.1.1986 [bis dahin Teil des Budgets der Hauptorganisation]
- Keine Veranlagung der Mitgliedstaaten zu Pflichtbeiträgen; der Verwaltungshaushalt wird durch Zinseinnahmen aus Investitionen des Fonds finanziert.
- Das Budget wird in Pfund Sterling aufgestellt; Umrechnungskurs: 1,79 Pfund pro Dollar.
- Programmunionen

B. Sonderprogramme und Hilfswerke der Vereinten Nationen

Programm	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland			
	1980[Ist]	1988[Ist]	1989[Soll]	1990[Soll]
	- in 1 000 DM -			
UNEP	4 500	4 800	4 800	9 600
UNICEF	11 000	15 500	16 000	17 000
UNHCR	3 500	7 520	8 000	16 000
UNRWA	2 500	2 500	3 000	3 000
UNRWA-Sondermaßnahmen	7 500	7 050	7 500	7 500
Humanitäre Hilfe im Rahmen von UNICEF, UNHCR, UNRWA u.a.	25 743	35 172	33 056 [Ist]	2)
UNFICYP	1 873	2 820	2 820	2 820
UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg	830	1 290	1 313	1 313

Programm	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland			
	1980 [Ist]	1988 [Ist]	1989 [Soll]	1990 [Soll]
	- in 1 000 DM -			
Internationale Zentren zur Zusammenarbeit mit der WHO	698	1 357	1 480	1 480
Nationale Referenzzentren der WHO	320	511	680	740
WHO-Fonds zur Förderung des Gesundheitswesens	484	579	600	600
Suchtstoff-Fonds (UNFDAC)	2 000	3 104	3 200	3 200
WFP	39 000	45 000	45 000	45 000
UNDP	112 000	137 000	130 000	130 000
UNFPA	29 750	39 100	39 100	39 100
Treuhandfonds für das Südliche Afrika	122	184	184	184
Namibia-Fonds	87	235	235	235
Erziehungs- und Ausbildungsprogramm für das Südliche Afrika	122	184	184	184
UNESCO-Fonds für das Erbe der Welt	199	356	345	348
Frauenfonds (UNIFEM)	- ¹⁾	100	1 000	1 100
Weitere zweckgebundene Beiträge an UN und Sonderorganisationen für Einzelprojekte oder Sonderprogramme	29 873	52 649	46 900	48 500
Entwicklungspolitische Einzelmaßnahmen ³⁾ im multilateralen Bereich (regionale Wirtschaftskommissionen u.a.)	2 197	4 067	4 000	4 000

- noch nicht existent
- noch nicht bekannt
- insbesondere Personal- und Sachleistungen sowie überregionale Studien

C. Weltbankbereich

Finanzierungsinstitution	1980 [Ist]	1988 [Ist]	1989 [Soll]	1990 [Soll]
		- in 1 000 DM -		
Weltbank ¹⁾²⁾	23 063	26 164	46 284	64 781
IDA ¹⁾³⁾	355 750	663 130	724 908	820 000

- Weltbank und IDA fördern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Entwicklungsländern durch langfristige Darlehen, die sie zu günstigen Konditionen an Regierungen oder mit Regierungsgarantie an Projektträger vergeben.
- Die Weltbank refinanziert sich überwiegend auf den internationalen Kapitalmärkten. Die Mitgliedstaaten zeichnen Kapitalanteile und erwerben dadurch Miteigentum an der Bank. Die Anteile werden zum Teil durch Bareinlagen, überwiegend aber durch Haftungskapital erbracht. Vor allem das von den westlichen Industrieländern gezeichnete Haftungskapital ermöglicht es der Weltbank, sich auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Der Kapitalanteil der Bundesrepublik Deutschland beträgt 8,7 Mrd US-Dollar (Stand: 30. Juni 1989) oder etwa 7,55vH; sie ist damit drittgrößter Anteilseigner. Für die letzte allgemeine Kapitalerhöhung über rd. 76,5 Mrd Dollar wurden Bareinlagen von 3,0vH und Haftungskapital von 97,0vH vereinbart. Die Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Bareinlage von 114,97 Mill Dollar ab 1990 in fünf Jahresraten.
- Die IDA gewährt zinslose Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer. Ihren Finanzbedarf deckt sie aus den eingezahlten Beiträgen der Mitgliedsländer sowie in geringem Umfang aus Gewinnüberweisungen der Weltbank und aus sonstigen Einnahmen. Die Mittel werden überwiegend von westlichen Industrieländern bereitgestellt. Die Mittel der IDA wurden seit ihrer Gründung 1960 mehrmals aufgestockt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der Erstaussstattung und an allen Aufstockungen mit insgesamt rd. 6,2 Mrd Dollar (Stand: 30. Juni 1989) oder etwa 6,9vH beteiligt. Aus der achten Wiederauffüllung (IDA VIII), die 1988 wirksam wurde und deren Basisvolumen 11,5 Mrd Dollar betrug, übernahm sie rd. 1 323 Mill Dollar (11,5vH). Ferner beteiligte sie sich mit einem zusätzlichen Beitrag von 50 Mill Dollar und trug damit dazu bei, daß ein Gesamtvolumen einschließlich Zusatzbeiträgen von 12,4 Mrd Dollar erreicht wurde. Die Verhandlungen zur neunten Auffüllung der IDA-Mittel wurden im Dezember 1989 abgeschlossen. Dabei wurde ein Auffüllungsvolumen von 11,68 Mrd Sonderziehungsrechten beziehungsweise rd. 15,24 Mrd Dollar vereinbart, das real - unter Berücksichtigung inzwischen eingetretener Preis- und Wechselkursveränderungen - dem Volumen von IDA VIII entspricht. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich mit 11,0vH am Basisvolumen und leistete darüber hinaus einen Sonderbeitrag von 58 Mill Sonderziehungsrechten. Damit blieb sie drittgrößter Geber der IDA. 1976 ist auch die Bundesrepublik Deutschland dazu übergegangen, ihre Beiträge zunächst durch Schuldscheine zu erbringen. Die Schuldscheine sind jederzeit bei Abruf fällig, die Höhe der Abrufe von Barzahlungen bestimmt der Mittelbedarf der IDA.

Zusammengestellt von Lothar Koch